

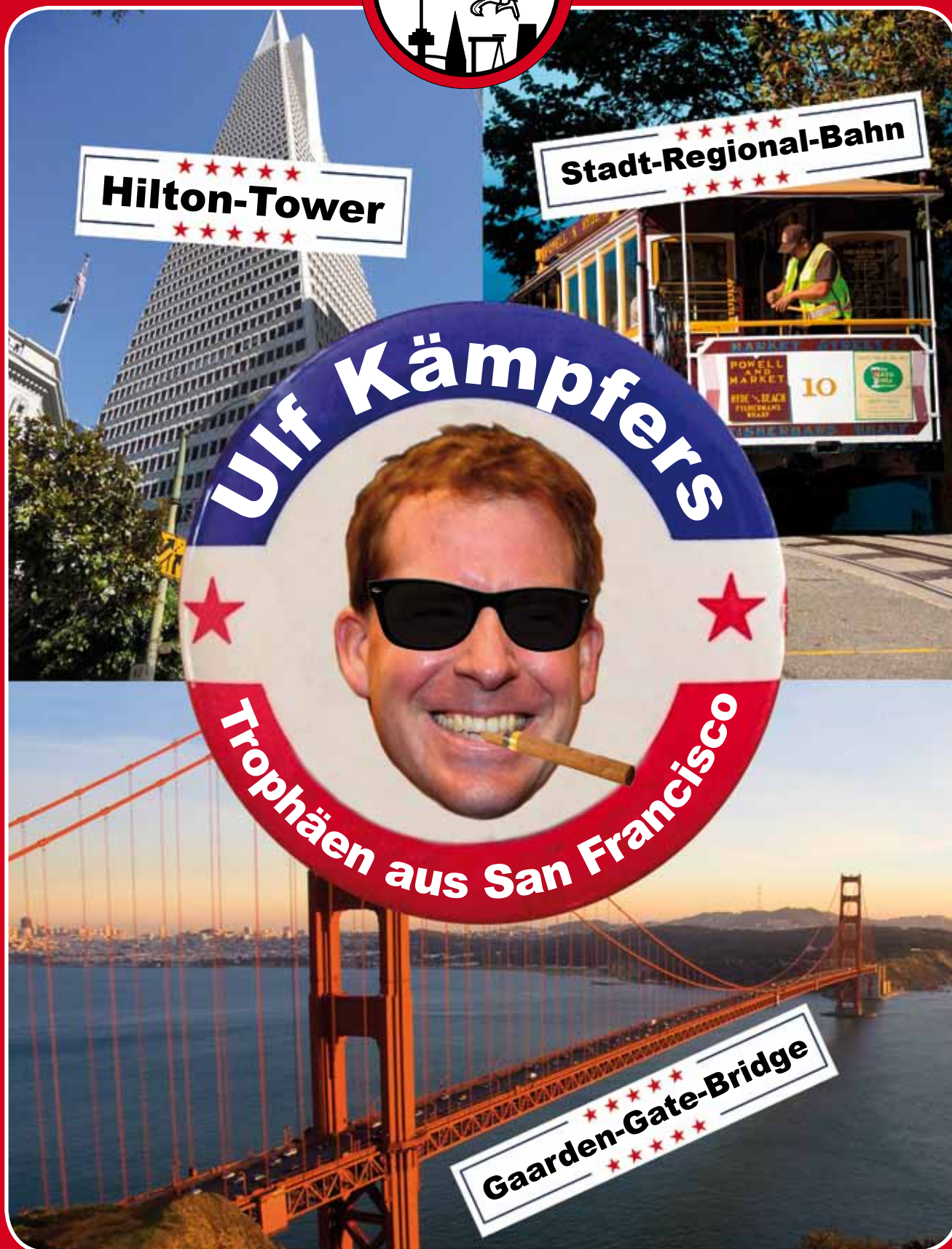
ROTKIEFELCHEN

Jahrgang 45/1

JUSOS

KIEL

November 2016



Magazin für Politik und Hochschule

INHALT

Editorial.....	2
Politisches Doppelleben.....	3
Fans unter Generalverdacht.....	4
Dem Gewissen Schutz bieten	5
Digitale Arbeitswelt	6
Seniorenteller bei der Tafel?.....	7
Viel Einsatz für vier Wände.....	8/9
Opposition im Kieler Landtag	10
Einfach und naiv	11
Internationaler Nationalismus	12/13
Jung und alternativ?	14
Hinter dem Heft.....	15
Glasnost.....	16

Anzeige



CLUB

BLEIBT

CLUB

★N°68★

www.club68.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesen Tagen ist die Flucht in die Kommunalpolitik eine angenehme Sache. So freut es sicherlich nicht nur die kosmopolitischen Kielerinnen und Kieler, dass seit neuestem zwischen San Francisco und der Landeshauptstadt eine Partnerschaft begründet wurde. Auch sind solche Nachrichten ein willkommener Zwischenton zu den auf anderen politischen Ebenen dauerhaft geführten Debatten. Denn nicht nur als engagierter (Sozial-) Demokrat muss man derzeit bei jeder weiteren Verschärfung der Stimmung – sei es zur Asylpolitik, zur europäischen Idee oder auch zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land – sich immer stärker aufgefordert fühlen, noch offener für seine Überzeugungen auf- und einzustehen. Während jenseits des Atlantiks Donald Trump seine populistischen Parolen unter dem Slogan „Making America great again“ unter das Volk bringt, sind es in Europa eine Vielzahl verschiedener rechtspopulistischer Parteien, die mit vermeintlich einfachen Antworten auf komplizierte Fragen unserer Zeit nach Stimmen fischen. Auch das *Rotkielchen* setzt sich mit dieser aktuellen Entwicklung auseinander und beleuchtet nicht nur die verschiedenen nationalistischen Strömungen in den europäischen Ländern (S. 12) und den Nachwuchs der AfD (S. 14), sondern geht auch der Frage nach, wieso Populisten derzeit überhaupt erfolgreich sein können (S. 11).

Eine sozialdemokratische Antwort auf den im Moment überwiegend monothematisch ausgerichteten politischen Diskurs muss sein, nicht den Debatten anderer hinterherzulaufen, sondern selbst aktiv die eigene Programmatik zu schärfen. *Rotkielchen* geht mit gutem Beispiel voran und widmet sich

dem Problem der Altersarmut (S. 7), der „Sozialdemokratie 4.0“ (S. 6) und dem Umgang mit „Whistleblowing“ (S. 5).

Insbesondere mit Blick auf die anstehende Landtags- und Bundestagswahl im kommenden Jahr ist eine Verbesserung des politischen Klimas nicht wirklich in Sicht. Daher braucht es umso mehr intelligente Menschen, die für die SPD in die Parlamente einziehen und unsere Positionen klar machen. Dabei zeigt jedoch nicht zuletzt der Fall Petra Hinz, wie sehr Anspruch und Wirklichkeit oftmals auseinander klaffen. Es ist daher zu überdenken, welche Anforderungen wir an Mandatsträger und die Arbeit in der Partei stellen wollen (S. 3). Nicht zuletzt auch die schleswig-holsteinische CDU sollte dabei ihre Personalauswahl in Zukunft möglicherweise besser überdenken. Der desolate Zustand der Oppositionsarbeit im Kieler Landtag ist zumindest für alle Beteiligten wenig förderlich (S. 10).

Fernab von Städtepartnerschaften gibt es jedoch auch kommunalpolitisch einige offene Baustellen. Gerade jetzt zum Semesterbeginn mit einem doppelten Abiturjahrgang in Schleswig-Holstein, der an die Universität und nach Kiel strömt, werden die Herausforderungen einer „wachsenden Stadt“ sichtbar. Eine *Rotkielchen*-Redakteurin war unlängst selbst auf Wohnungssuche und stellt deshalb die Frage: Suchst Du noch oder wohnst Du schon in Kiel? (S. 8)

Wie immer wünschen wir Dir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns auf die ein oder andere Diskussion, die sich anschließt. Lob, Kritik und Anregung kannst Du uns gerne an rotkielchen@jusos-kiel.de schicken.

Deine Redaktion

ROTKIELCHEN

Magazin für Politik und Hochschule,
November 2016 - Jhg. 45/1

Herausgeber und Verleger:

Jusos im VPJ, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Redaktion: Timm Wüstenberg (tw) (V.i.S.d.P.), Julian Wollmann (jw), Florian Kruse (fk), Max Dregelies (md), Benjamin Raschke (br), Christoph Beeck (cbe), Flint Wittenberg (fw), Friederike Babel (fb)

Layout: DIN oder SCHOEN,
Stuthagen 14, Molfsee
Telefon: 04347 - 7 30 40 24
www.DINoderSCHOEN.de



Kontakt

Rotkielchen:

Timm Wüstenberg, Tel.: 0431-88 70 295
timmm@jusos-kiel.de

Juso-Kreisgeschäftsführer:

Christoph Beeck, Tel.: 0151-64 42 09 57
christoph@jusos-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der CAU:

Jacob Alexis Graeper, info@jusos.uni-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der FH:

Philip Schüller, philip@jusos-kiel.de

Juso-Landesverband:

Immo Degner
Geschäftsstelle, 0431-90 60 653
www.jusos-sh.de

TERMINE UNTER: WWW.JUSOS-KIEL.DE

POLITISCHES DOPPELLEBEN

Zwiespältige Erwartungen an Repräsentanten

Die Bundestagsabgeordnete Petra Hinz hat ihren Lebenslauf manipuliert und wurde vor kurzem öffentlichkeitswirksam enttarnt. Was für viele Menschen gängige Vorurteile über eine angebliche „politische Klasse“ bestätigt, ist für andere ein persönliches Drama. Warum aber hat Petra Hinz die Öffentlichkeit und die eigenen Parteimitglieder ohne vermeintlichen Grund getäuscht?

Es begann mit einer Lüge. Als Petra Hinz im Jahr 1989 für den Essener Stadtrat kandidierte, da kursierten bereits Gerüchte über Unregelmäßigkeiten in ihrer Bewerbung. Diesen Gerüchten ging der damalige Essener Parteivorsitzende auch nach, jedoch war die Anschuldigung, Petra Hinz täusche vor, Studentin zu sein, eher eine Lappalie und bedurfte somit nicht zwingend einer intensiven Prüfung. Fast drei Jahrzehnte später wurde aus dieser Banalität ein handfester politischer Skandal. Aus der vermeintlichen Studentin war nun eine angeblich zweifach examinierte Juristin mit langjähriger Berufserfahrung als Anwältin geworden. Viel wichtiger jedoch war ihr Sprung vom Essener Stadtrat in den Deutschen Bundestag. Würde man es nicht besser, dann hätte die Laufbahn der Petra Hinz sozialdemokratischen Vorzeigecharakter gehabt: Ruhrpottkind, Aufstieg durch Bildung, Karrierefrau.

Suche nach (Schein)-Heiligen

Die eigentliche Geschichte von Petra Hinz ist womöglich eine ganz andere. Wer mit jungen Jahren in die SPD eintritt, der möchte bei Politik nicht mehr bloß mitdenken, sondern mitentscheiden und auch mitverantworten. Bevor man jedoch in ein öffentliches politisches Amt kommen kann, bedarf es innerhalb der SPD der sogenannten ‚Ochsentour‘, welche von SPD Sitzungen, Plakate kleben und Wahlkampf auf der Straße schließlich in einem oder mehreren Parteiämtern mündet. Dabei vergrößert die Häufung letzterer mitunter die Chancen einer Politikkarriere immens. Solch eine Tour mag das Vertrauen zwischen Parteimitgliedern und Mandatsträgern wahrscheinlich vergrößern, hat aber auch gleichzeitig zur Konsequenz, dass Privat- und Parteilieben in Konkurrenz zueinander treten oder gänzlich zu Lasten des ersten ineinander übergehen. Für Petra Hinz bedeutete dieser innerparteiliche Mechanismus, dass das eigene Privatleben hintenanstehen musste, um durch größtmögliche Aktivität in der Parteihierarchie weiter aufsteigen zu können. Der Einsatz von Petra Hinz für die SPD wurde von einer damaligen Weggefährtin dementsprechend als Ehe beschrieben, die Politik gar als ihr Leben. So verwundert es auch nicht, wenn die Frage nach einem Privatleben von Petra Hinz von niemandem beantwortet werden konnte. Familienstand: Unbekannt.

Was nun erst einmal wie ein trauriges Einzelschicksal klingt, ist möglicherweise das Symptom des etwas widersprüchlichen Politikbetriebs. Auf der einen Seite verlangen wir von unseren politischen Repräsentanten ein hohes Maß an Arbeitsfleiß, Bürgernähe und Zuhörkompetenz. Wer folglich für ein politisches Amt kandidiert, der sollte viel Zeit und Sitzfleisch in die Sitzungen und Veranstaltungen der lokalen Parteigliederungen, Arbeitsgemeinschaften sowie Arbeitskreise investieren, um am Ende auch

‚wirklich‘ zu wissen, was die Basis will. Auf der anderen Seite sollen unsere Repräsentanten aber auch ‚mitten im Leben‘ stehen. Neben einer makellosen Aufstiegs Geschichte in der Parteihierarchie bedeutet das natürlich auch, gut ausgebildet zu sein, ein vorzeigbares Familienleben zu führen und einen lückenlosen Berufsweg vorlegen zu können. Wer das als Kandidat nicht schafft, dem kann sowas in der altherwürdigen Arbeiterpartei schon einmal demonstrativ unter die Nase gerieben werden. Um solch eine Situation zu verhindern, verschwieg Petra Hinz all die Jahre ihr Privatleben und passte die eigene Lebensgeschichte an die Erwartung anderer Menschen an.



Die zwei Gesichter der Petra Hinz

Nicht nur Hinz, sondern auch Kunz

In den vergangenen innerparteilichen Wahlkämpfen der Kieler SPD ist ebenfalls sowohl der angesprochene Anpassungsdruck als auch das Getuschel über frisierte Selbstbeschreibungen zu vernehmen gewesen. Denn um den Wunschvorstellungen der Parteibasis zu entsprechen, muss die eigene Inszenierung schon sehr flexibel sein. Diese Wunschvorstellungen sind aber häufig geradezu paradox. So ist die Freude über neue und engagierte Mitglieder in der SPD beispielsweise stets groß. Sobald das Engagement aber auf höhere Posten zusteuert, macht sich Unbehagen über den mangelnden Stallgeruch breit. Aus diesen Gründen müssen politische Parteien, allen voran die SPD, sich überlegen, ob die innerparteiliche Ochsentour noch immer das probate Mittel zur Auswahl von fähigem Personal für öffentliche Ämter ist. Einerseits müssen überzogene Erwartungen, wie die ungeschriebene Anwesenheitspflicht oder der lineare Berufsweg, überwunden werden. Andererseits sollte das Anhäufen von Parteiämtern weniger als Zeichen von Arbeitsfleiß gewertet werden, sondern mehr als Alarmsignal, dass es an Mitgliedern fehlt, um die anfallende Parteiarbeit gleichmäßig zu verteilen. Und ganz vielleicht wäre es auch gut, das ein oder andere Mal genauer bei einer Bewerbung hinzugucken und nachzufragen. Das Täuschungskonstrukt von Petra Hinz hätte so vielleicht verhindert oder zumindest früher zu Fall gebracht werden können. Dies muss im Interesse einer Partei liegen. Nicht nur, um die eigenen Mitglieder davor zu schützen, sich selbst zu verheizen. Sondern auch, damit nicht am Ende nur die durchoptimierten Karrieristen in den Parlamenten sitzen. Schließlich werden die Hochstapler irgendwann tief fallen – und die Partei gleich mit dazu. *jw*

FANS UNTER GENERALVERDACHT

Geheime Datenbank ans Tageslicht befördert

Medial ist der Fußball rund um die Uhr präsent. Neben dem sportlichen Geschehen hat dabei ein weiteres Thema in den letzten Jahren die Schlagzeilen geprägt: Gewalt rund um Fußballspiele. Die Polizei versuchte, diese zu unterbinden und griff dabei auf eine aus datenschutzrechtlicher Sicht umstrittene Methode zurück. Es wurden massiv weitreichende persönliche Daten gespeichert und das im Geheimen. Lässt sich das Aushöhlen des Datenschutzes durch das Fehlverhalten Einzelner rechtfertigen?

Fußball ist der beliebteste Sport und fast jeder hat seinen persönlichen Lieblingsverein. Am Wochenende pilgern mehrere Millionen Menschen in die Stadien oder auf die Dorfplätze - von der Bundesliga bis in die Kreisklasse. Diese Begeisterung wird dabei von Unternehmen und Medien aktiv vermarktet. Gerne werden dabei sich in den Armen liegende und jubelnde Fans gezeigt. Auf der anderen Seite wird aber auch immer wieder über randalierende Fans berichtet, die sich Auseinandersetzungen untereinander oder mit der Polizei liefern. Der unwissende Zuschauer/Leser weiß nicht mehr, was er glauben soll. Ist ein Stadionbesuch mit Freude verbunden oder doch ein gefährliches Unterfangen?

Auch wenn nach offiziellen Angaben die Zahl der Verletzten in den letzten Jahren anstieg, ist ein Stadionbesuch viel sicherer als jedes Dorffest. In einer ganzen Saison mit rund 18 Millionen Stadionbesuchern werden weniger Personen verletzt als während eines Oktoberfestes. Zumindest in den oberen Ligen sind die Stadien gekennzeichnet durch strikte Fantrennung und totale Kameraüberwachung. Wo es aber tatsächlich immer wieder Vorfälle gibt, sind die Bereiche außerhalb des Stadions und vor allem auf den Anreisewegen der Fans. Darin liegt auch der Grund, dass in den letzten Jahren immer mehr Polizei schon in den Zügen und an den Bahnhöfen vor Ort ist. Zur präventiven Strafvereitelung ist schon länger die so genannte „Datei Gewalttäter Sport“ bekannt, in der seit 1994 Daten von beim Fußball auffällig gewordenen Personen gesammelt werden. Diese Datei wird seit jeher von Fanverbänden aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Fragwürdigkeit kritisiert. So dauert etwa eine Löschung aus der Datei relativ lange, sodass man Probleme etwa bei der Ausreise zu einem Urlaub bekommen kann. Nachdem zunächst in anderen Bundesländern das Vorhandensein weiterer geheimer Datenbanken an die Öffentlichkeit gelangte, wurde Anfang dieses Jahres eine solche „SKB-Datei“ („Szenekundige Beamte-Datei“) durch eine kleine Anfrage von Jürgen Weber (SPD) in Schleswig-Holstein ebenfalls bekannt. Die Datei existiert seit 2011 und läuft unter den Namen „Verfahren Fußball SH“. Neben Informationen, die man auch auf dem Personalausweis findet, werden u.a. Funktion in der Fangruppe, Aufenthaltsorte, Treffpunkte, Reisewege, Telefondaten und benutzte Verkehrsmittel gespeichert. Für eine Aufnahme kann es schon ausreichen, sich im Umfeld von potenziellen Störern oder Verdächtigen aufgehalten zu haben. Erst nach dem medialen Aufschrei wurden kürzlich alle Betroffenen angeschrieben und über ihre Erfassung in der Datei

informiert. Die Führung dieser Datei wirft Fragen auf: Ist es moralisch vertretbar, dass auch Menschen, denen nichts vorgeworfen wird, in die Datei aufgenommen werden können? Was bedeutet das Bekanntwerden der Datei für das Verhältnis zwischen Polizei und Fans?

Es steht außer Frage, dass die Polizei gegen kriminelle Handlungen vorgehen muss und Informationen braucht, um Konzepte zur allgemeinen Sicherheit auszuarbeiten. Das Argument, dass diese Arbeit für die Öffentlichkeit nicht vollständig transparent gestaltet werden kann, leuchtet ein. Die Kriterien für eine Aufnahme in die SKB-Datei, sowie die gespeicherten Inhalte über Unschuldige, gehen jedoch zu weit. Auch, dass außerhalb der Behörden jahrelang niemand über die Existenz dieser Datei informiert war, ist kritisch zu sehen. Und so lässt sich ebenfalls eindeutig feststellen, dass vor allem das geheime Führen einer solchen Datei am Ende kontraproduktiv gewesen ist für das Verhältnis zwischen Fans und Polizei. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte sagte in einer Presseerklärung dazu auch deutlich: „Die aktuellen Ereignisse sind sicherlich nicht dazu geeignet, um bei jungen Fans Vertrauen und Verhaltenssicherheit gegenüber der Polizei und anderer staatlicher Organe zu bilden.“

Für die Zukunft ist es wichtig, regelmäßig Fans, Polizei und Politik gemeinsam an einen Tisch zu bringen, denn nur durch Kommunikation können Konflikte gelöst und Perspektiven erarbeitet werden. Eine wesentliche Rolle in diesem Prozess können die sozialen Fanprojekte spielen. Um Akzeptanz bei den Fans für die Notwendigkeit der Arbeit des Staates aufzubauen und auf der anderen Seite Vorurteile gegenüber vermeintlichen Kra-wallmachern abzubauen.

fw



Die Polizei soll Ausschreitungen bei Fussballspielen verhindern. Wie weit darf sie dabei gehen?

DEM GEWISSEN SCHUTZ BIETEN

Warum Whistleblower der Gesellschaft dienen und Schutz benötigen

Es ist ein Sommertag im Jahre 1990. Die Tierärztin Margrit Herbst beobachtet angelieferte Rinder im Schlachthof der Norddeutschen Fleischzentrale. Bereits seit 12 Jahren geht sie dieser Arbeit nach, doch an diesem Tag passiert etwas Ungewöhnliches.

Das Verhalten eines der angelieferten Rinder ist auffällig, Herbsts Recherchen deuten auf die Traberkrankheit hin oder mit anderem Namen: BSE. Sie informiert ihre Vorgesetzten und schlägt weitergehende Untersuchungen vor. Im Laufe der Zeit kommen weitere auffällige Tiere hinzu, doch Maßnahmen bleiben aus. Bis 1994 verdächtigt sie insgesamt 21 Tiere, an BSE erkrankt zu sein, eine Reaktion der Behörden unterbleibt jedoch. Herbst hält es nicht mehr aus und wendet sich in einem Fernsehinterview an die Öffentlichkeit. Kurz darauf wird ihr wegen Geheimnisverrats fristlos gekündigt. Fünf Jahre später wird zum ersten Mal BSE bei einem deutschen Rind nachgewiesen. BSE wird zu einem der größten Lebensmittelkandale der europäischen Geschichte, denn sie steht mit der hochgefährlichen Creutzfeldt-Jacob-Krankheit in Verbindung. Ein halbes Jahr nach dem ersten Nachweis wird Margrit Herbst Rentnerin, sie hat seit ihrer Kündigung nie wieder Anstellung als Tierärztin gefunden und lebt von einer Rente knapp über Hartz 4-Niveau.

Die Liste von Menschen, die durch ihr Engagement gravierende Nachteile erlitten haben, ist lang. Die Altenpflegerin Brigitte Heinisch zeigte 2004 ihren Arbeitgeber an, weil erhebliche Mängel bei der Versorgung der Patienten bestanden. Sie wurde deshalb fristlos entlassen. Ein Kraftfahrer setzte die Polizei über den Transport von verdorbenem Fleisch in Kenntnis und löste so den Gammelfleischskandal in Bewegung. Dass er von Verbraucherschutzminister mit der goldenen Plakette ausgezeichnet wurde, schützte ihn nicht vor massivem Mobbing am Arbeitsplatz und anschließender Kündigung.

Fälle wie diese schreien geradezu vor Ungerechtigkeit. Alle genannten Personen haben der Allgemeinheit zweifelsohne einen Dienst erwiesen. Die Existenz einer gefährlichen Tierseuche ist schließlich keine Privatangelegenheit, sondern betrifft das Wohlergehen und die Gesundheit von Tausenden. Es sollte in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständlich sein, dass eben diese Betroffenen und die Öffentlichkeit davon erfahren. Dass mutige Menschen, die dieser Selbstverständlichkeit dienen wollen, dennoch gravierende Nachteile durch ihr Handeln erleiden, zeigt den gesetzlichen Handlungsbedarf.

Bisher gibt es in Deutschland keine einheitliche Rechtsprechung zum Thema Whistleblowing. Welche Kriterien eine solche aufweisen könnte, wurde in der Begründung des Eu-

ropäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) deutlich, der im Fall von Brigitte Heinisch genau abgewogen hat zwischen den Interessen des Arbeitgebers und der Öffentlichkeit. So spielten insbesondere das Ausmaß des öffentlichen Interesses, aber auch die Schwere des Eingreifens in das Geheimnisrecht des Arbeitgebers, der Wahrheitsgehalt der Information, der Schaden für den Arbeitgeber sowie die Abschreckungswirkung für andere Mitarbeiter eine Rolle. Anhand dieser Kriterien machte das Gericht deutlich, dass das öffentliche Interesse an Mängeln in der Pflege als wichtiger einzuschätzen ist als die Interessen des Unternehmens. Gleichzeitig darf bei der Suche nach einer gerechteren Lösung natürlich nicht vergessen werden, dass auch Unternehmen ein berechtigtes Interesse haben, dass Geheimnisse nicht verraten werden. Insbesondere das Interesse der Öffentlichkeit sollte deshalb eine Rolle spielen, denn dieses ist bei gravierenden Verstößen wie in den obigen Beispielen eindeutig als wichtiger zu beurteilen als das Betriebsgeheimnis.



Nixon Rücktritt. Auch der berühmteste Skandal der US-Geschichte geht auf Whistleblowing zurück.

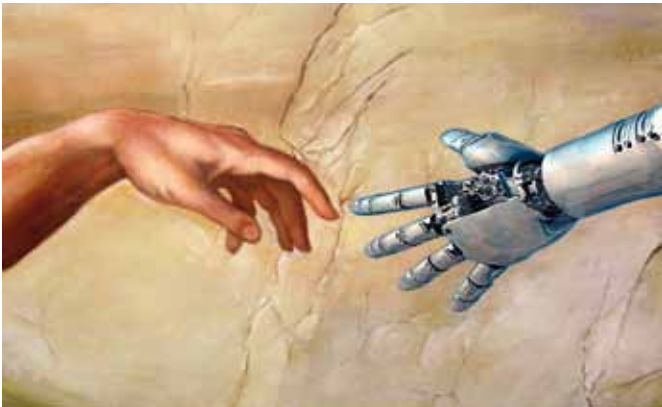
Grundsätzlich gilt die Weitergabe von Informationen an externe Stellen durch Arbeitnehmer als Grund für eine Kündigung. Das Gericht entscheidet dann im Einzelfall, ob das Verhalten des Arbeitnehmers unverhältnismäßig war. Es sind diese weiten Wertungsspielräume, die Whistleblowing problematisch machen, da Whistleblower nicht sicher sein können, welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen ihnen drohen. Dasselbe gilt für mögliche Schadenersatzzahlungen. Nötig sind also klare Kriterien für die Abwägung zwischen den Rechten des Arbeitgebers und dem Interesse der Öffentlichkeit, wie sie etwa das EGMR verwendet hat. Darüber hinaus gehört zu einem funktionierenden Whistleblowerschutz, über Maßnahmen nachzudenken, die über den Schutz des Arbeitsplatzes hinausgehen. Denn auch wenn dem Whistleblower rein rechtlich gesehen sein Arbeitsplatz weiterhin zusteht, kann das Verhältnis zwischen ihm und seinem Arbeitgeber so zerrüttet sein, dass ein Arbeitsplatzwechsel unvermeidlich ist. Deshalb sollte sich die Gesellschaft darüber bewusst werden, welchen Stellwert sie Whistleblowing einräumen will und wie persönliche Nachteile durch Whistleblowing ggf. aufgefangen werden können. *fk*

DIGITALE ARBEITSWELT

Brauchen wir Sozialdemokratie 4.0?

Abzuschätzen, was die Zukunft bringen wird, ist schwer, insbesondere auf dem Gebiet des technischen Fortschritts. Aber schon heute ist klar, dass uns ein gravierender Umbruch bevorsteht. In den vergangenen Jahren begann, getrieben durch immer leistungsfähiger werdende Computersysteme und die weltweite Vernetzung, die Entwicklung der mit dem unzutreffenden Schlagwort bezeichneten „Industrie 4.0.“ Unzutreffend vor allem deswegen, weil sie eben nicht nur die Industrie, sondern alle Bereiche des Lebens und damit selbstverständlich auch die gesamte Arbeitswelt betrifft. Deswegen ist es besser, die zutreffendere, wenn auch weniger griffigere Bezeichnung „Digitalisierung“ zu nutzen.

Aber was ist diese Digitalisierung eigentlich? Wagen wir dazu den Blick in die nahe Zukunft: Dort gibt es selbstfahrende Züge und kontaktlos gelöste Tickets, die Kontrollen unnötig machen. Taxis brauchen weder Fahrer noch Parkplätze. Der Handel hat das Kassenspersonal längst eingespart und durch Selbstbedienungskassen ersetzt. Viele Bürotätigkeiten, wie das abtippen von Diktaten, wurden automatisiert. Unsere Kinder werden in den Schulen von Lernprogrammen unterrichtet, während unsere Eltern von Pflegerobotern betreut werden. Bei Investitionen berät uns ein Programm, selbst einfachere Rechtsstreitigkeiten werden nicht mehr von einem Menschen betreut (es sei denn, man kann es sich leisten).



Mensch und Maschine – Hand in Hand?

Natürlich ist das nur eine mögliche Vision der Zukunft. Wie eingangs geschrieben, ist es unmöglich, die Entwicklungen der nächsten Jahre exakt vorherzusehen. Eines sollte aber klar sein: Jede Einzelne der skizzierten Möglichkeiten gibt es schon heute oder in absehbarer Zeit. Es ist nur eine Frage von Jahren, bis autonomes Fahren serienreif wird. Nicht grundlos hat der Bundesverkehrsminister erst kürzlich Teststrecken für fahrerlose Fahrzeuge in Städten ausgewiesen. Züge ohne Zugführer werden in anderen europäischen Ländern bereits getestet. Nicht erst seit den letzten Lokführerstreiks ist sicher auch die Bahn nicht uninteressiert an

der neuen Technologie. In Japan wird mit Pflegerobotern experimentiert und in den USA wird tatsächlich untersucht, ob Lehrkräfte vielleicht nur noch an Privatschulen benötigt werden und an staatlichen Schulen lediglich eine Person gebraucht wird, die die Schüler bei der Nutzung der Lernprogramme beaufsichtigt.

Wie aber reagieren wir Sozialdemokraten darauf? Auf einer Veranstaltung sagte kürzlich ein Funktionär, man müsse die Selbstbedienungskassen verbieten. Er bekam viel Applaus. Allerdings funktioniert es so nicht, denn es ist klar, dass sich technischer Fortschritt, wenn überhaupt, nur bremsen, aber nicht aufhalten lässt. Im Kapitalismus schon gar nicht. Andere flüchten sich in die Kompensationstheorie, die, vereinfacht ausgedrückt, besagt, dass der technische Fortschritt die durch ihn produzierten Güter günstiger macht, dadurch die Reallöhne steigen und anderswo neue Jobs entstehen werden. Und wenn alle Branchen betroffen sind? Wie stellt man sicher, dass die Löhne in den neu entstehenden Jobs ähnlich sind, wie in denen, die wegfallen?

Bildung wird damit zum alles entscheidenden Faktor. Nicht nur in Schule und Ausbildung sondern auch Fort- und Weiterbildung. Alle diese Angebote müssen stark ausgebaut werden. Die Politik sollte aber auch versuchen, auf die Unternehmen einzuwirken, das nicht alles, was technisch möglich ist, auch gemacht werden muss. Warum sollte man das Personal, das an der Kasse wegfällt, nicht im Kundenservice einsetzen? Wäre das vielleicht nicht sogar eine Chance im Wettbewerb des stationären Handels mit dem Internet?

Wie so häufig sind die Skandinavier schon einen Schritt weiter. In Göteborg testen verschiedene Unternehmen, vom Krankenhaus bis Startup, die 30 Stundenwoche. Die Beschäftigten arbeiten also nur noch 6 Stunden am Tag, dafür wurden mehr eingestellt. Für viele überraschend sind Produktivität und Gewinn dieser Unternehmen sogar gestiegen.

Und dann kommen doch noch Verbote ins Spiel: Da wo Maschinen mit Menschen interagieren, muss man besonders vorsichtig sein. Kinder brauchen Lehrerinnen und Lehrer, pflegebedürftige Menschen einen menschlichen Kontakt. Selbst wenn das automatisiert werden könnte, heißt das nicht, dass man es zulassen darf.

Dennoch ist offensichtlich, dass dies vielleicht nicht ausreichend ist, dass in absehbarer Zeit einfach nicht mehr alle wegfallenden Arbeitsstellen durch neu entstehende kompensiert werden können. Wie muss man darauf reagieren? Was sind die Konsequenzen? Das muss die Sozialdemokratie diskutieren und zwar nicht erst, wenn die Zukunft Realität ist!

Thies Petersen

SENIORENTELLER BEI DER TAFEL?

Der Kampf gegen Altersarmut wird immer wichtiger

Im Februar diesen Jahres stellte der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen jährlichen Armutsbericht vor. Wie schon in den Jahren zuvor wurde wieder die anhaltend hohe Armut in Teilen der Bevölkerung kritisiert und ein Kurswechsel in der Sozial- und Steuerpolitik gefordert. Ein Thema stach heraus, das es bisher nur selten in die öffentliche Diskussion geschafft hat, jedoch seitdem der Favorit für das wahlkampfbestimmende Thema der anstehenden Bundestagswahl zu werden verspricht: die steigende Altersarmut in Deutschland.

Armut im Alter und was sie für die Lebenssituation bedeutet sichtbar zu machen, über Hilfen zu informieren und zugleich einfach zugängliche Angebote zu schaffen, darüber wird derzeit auch am Kieler Runden Tisch gegen Altersarmut der SPD-Ratsfraktion diskutiert. Auf kommunaler Ebene kann man sich jedoch nur den Symptomen von Altersarmut widmen und z.B. günstige Mittagstische oder Freizeitangebote anbieten. Schwierig genug, denn Armut lässt in unserer Gesellschaft Menschen oft vereinsamen und der Kontakt zu staatlichen Stellen oder anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien oder Vereinen ist meist seit Jahren verloren gegangen.

Die Ursachen von Altersarmut sind vielfältig, ein gravierender Faktor ist allerdings der Wertverlust der Renten, denn seit 2003 ist die Rentenentwicklung 4,4 Prozent hinter der Lohnentwicklung zurückgeblieben. Der von der Politik vorgesehene Ausgleich sinkender staatlicher Rentenleistungen durch private Vorsorge wie beispielsweise die Riester-Rente sowie Betriebsrenten ist – wie zu erwarten – nur bei mittleren Einkommen erfolgt. Bei geringeren Einkommen oder den vermehrten unterbrochenen Erwerbsverläufen klafft weiterhin eine Sicherungslücke, die im Rentenalter nur durch Grundsicherung oder Zuverdienste gefüllt werden kann. Längere Zeiten von Arbeitslosigkeit beziehungsweise prekärer Beschäftigung in Praktika und Minijobs oder Familienzeiten für Kindererziehung oder Pflege sind heutzutage keine Seltenheit, werden aber im Rentensystem nicht angemessen berücksichtigt. Von einem Rentensystem, das zudem familienpolitisch den Geist der 50er atmet, erfahren daher auch besonders geschiedene Frauen oder Alleinerziehende (meist Frauen) die größten Nachteile. Die Folge ist, dass ein Drittel mehr Frauen als Männer von Altersarmut bedroht sind. Von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aber jüngst auch von der Sozialdemokratie wurden schon viele Lösungen vorgeschlagen: Die Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden, damit auch Selbständige und Beamte ihre solidarischen Beiträge leisten sowie die Talfahrt des Rentenniveaus gestoppt und Lücken in Erwerbsbiographien geschlossen werden können. Zudem muss mit einer Mindestrente oberhalb der Armutsgrenze sichergestellt werden, dass langjährig Versicherte mit einem geringen Einkommen nicht automatisch in der Grundsicherung landen. Die Erziehung von Kindern und Pflege von Angehörigen darf nicht weiterhin ein Risikofaktor für Armut im Alter sein.

Historisch war die Einführung der Altersversicherung aufgrund des Drucks der Sozialdemokratie einer ihrer größten Erfolge – noch nicht einmal 130 Jahre später könnte eine große Reform die Gelegenheit sein, den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft zu verstärken und große Gruppen vor der Armut zu bewahren. Das wäre doch mal was. *br*

Immer mehr
müssen im Alter jeden
Euro doppelt umdrehen...

Tatsächlich ist der Anteil von Rentnerinnen und Rentnern in Armut seit 2005 auf das eineinhalbfache angewachsen - so stark wie in keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Dass die Armutsquote unter Älteren im Jahr 2014 erstmals über der Quote der Gesamtbevölkerung liegt, zeigt dabei zum einen, wie rasant die Entwicklung in dieser Altersgruppe verläuft. Zum anderen wird aber auch ein Problem für die wichtige Diskussion deutlich: In den meisten Köpfen ist das Bild fest verankert, dass die aktuelle Rentengeneration die reichste ist, die es jemals gab. Hier gilt es allerdings wie sonst auch, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird und gerade die Armut im Alter ist eine meist gut versteckte Armut.

Dass Altersarmut nur schwer erkennbar ist, liegt einerseits daran, dass die Betroffenen sie häufig nicht zugeben mögen und leider viel zu oft in ihren bescheidenen Verhältnissen zurückgezogen leben. Andererseits gibt es kaum statistisches Material zur Einkommenssituation von Älteren. Zwar gibt es mit der Grundsicherung im Alter eine Sozialhilfe für alle Älteren und der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher ist von 2,2 Prozent im Jahr 2005 auf heute 3,1 Prozent stark gestiegen, allerdings wird dahinter eine hohe Dunkelziffer all jener vermutet, die aus Scham oder Unkenntnis keine staatliche Hilfe beantragen.



VIEL EINSATZ FÜR VIER WÄNDE

Suchst du noch oder wohnst du schon in Kiel?

Eine gute, bezahlbare Wohnung in Kiel zu finden, ist gar nicht so einfach, wie man vielleicht denkt. Besonders studentischer Wohnraum fehlt in der Landeshauptstadt – ein Problem, das vor allem zu Semesterbeginn deutlich wird. In diesem Artikel berichte ich, auf welche Hürden ich bei der Wohnungssuche in Kiel gestoßen bin und warum unsere Landeshauptstadt keinesfalls so werden sollte wie London.

Es ist Juni und für diese Jahreszeit schon verdammt heiß. Mein Freund und ich stehen schwitzend vor einem uns unbekanntem Hauseingang. Mit abwägenden Blicken begutachten wir die anderen Menschen, die sich nach und nach vor dem Haus versammeln, um so wie wir auf die Frau von der Hausverwaltung zu warten. Wir waren mal wieder überpünktlich, unser Auftritt durchgeplant. Wir machen das hier nicht zum ersten Mal. Ich weiß nicht genau, wie viele Wohnungen wir schon besichtigt haben, aber genug um die anfängliche Such-Euphorie schon lange hinter uns gelassen zu haben. Nach dem Wohnungsrundgang, oder besser gesagt dem Wohnungsrundgeschiebe, mit den 30 anderen Interessenten ist uns schnell klar: die Wohnung entspricht längst nicht all unseren Kriterien. Wir sind trotzdem interessiert, denn dass wir Abstriche machen müssen, ist uns schon lange bewusst. Dusche statt Badewanne. Eventuell doch Erdgeschoss. Und sooo wichtig ist ein Balkon ja eigentlich auch nicht. Unsere Ansprüche sinken mit jeder Besichtigung. Ganz schön frustrierend.

Der lange Weg zum Mietvertrag

Die Tortur beginnt schon beim Erstkontakt mit den Vermietern. Anfangs haben wir hauptsächlich im Internet nach passenden Wohnungsinseraten gesucht. Auf meine ca. 40 versandten E-Mails haben lediglich zehn Leute geantwortet. Kontaktaufnahme per Telefon klappte etwas besser – aber eben nur ‚etwas‘. Irgendwann haben wir uns bei verschiedenen Wohngenossenschaften angemeldet. Das war zwar unkompliziert, jedoch nicht erfolgreich. Mein Mantra, das ich mir immer vorsage, wenn mich die ganze Wohnungssucherei zu sehr nervt: „Gut, dass wir keine Wohnung in Hamburg suchen!“. Aus dem Freundeskreis habe ich schon viele Gruselgeschichten zur Wohnungssuche in Hamburg gehört: um die 30 Besichtigungen bis zum Abschluss eines Mietvertrags scheinen keine Seltenheit zu sein. Auch bin ich froh, dass ich nicht wie letztes Jahr um diese Zeit, auf der Suche nach einer Wohnung in London bin. Das Budget, das mein Freund und ich jetzt zusammen für eine 3-Zimmer-Wohnung in Kiel haben, musste ich in London alleine für ein winziges WG-Zimmer hinblättern. Und wenn ich winzig schreibe, meine ich auch winzig. Abstellkammer-winzig. Fünf Quadratmeter um genau zu sein. Küche und Bad habe ich mir mit fünf anderen Personen geteilt. Doch manchmal erinnert mich unsere Suche schon ein bisschen an die Zustände in der britischen Hauptstadt. Ich habe das Gefühl, dass Wohnungssu-

chende auch in Kiel ziemlich viel einstecken müssen. Laut eines Internetportals ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis einer 60-Quadratmeter-Mietwohnung in Kiel zwischen 2011 und 2015 um 18 Prozent gestiegen. Für eine 100-Quadratmeter-Wohnung liegt diese Preissteigerung sogar bei 33 Prozent. Vor allem studentischer Wohnraum ist knapp in der Landeshauptstadt. Gerade zum Wintersemester, in dem die meisten Studiengänge beginnen und viele neue Studierende nach Kiel kommen, ist die Wohnsituation besonders angespannt. Schwarze Bretter füllen sich mit verzweifelten Wohnungsgesuchen, Studierende wohnen wochenlang in Jugendherbergen oder beim Bekannten auf der Ausziehcouch und übernachten sogar in Turnhallen. Die Not, bezahlbaren Wohnraum zu finden, macht erfindereich. So gibt es sogar Studierende, die sich ein Zimmer im Altersheim gemietet haben. Die Jungen freuen sich über günstigen Wohnraum, die Alten über Gesellschaft und kleine Hilfen im Alltag. Ein aus der Not geborenes Mehrgenerationenhaus. Auch das Studentenwerk SH bewirbt derzeit unter dem Slogan „Biete Zimmer – Suche Hilfe“ ein solches Projekt. Ein Quadratmeter Wohnraum bei einer Familie oder einem älteren Menschen kostet Studierende hierbei eine Stunde Hilfe im Monat. Besonders dieses Wintersemester werden wir noch mehr von diesen kreativen Lösungen brauchen, denn mit dem doppelten Abiturjahrgang 2016 dürfte der Andrang auf studentischen Wohnraum nochmal deutlich steigen.

Die Ohnmacht der Mieter

Doch nicht nur immer steigende Mietpreise machen die Wohnungssuche schwer. Auch Vormieter und Vermieter nutzen die Wohnungsknappheit teilweise schonungslos aus. Die meisten Wohnungsbesichtigungen finden mit den Vormietern statt. Des Öfteren wurde uns dabei durch die Blume zu verstehen gegeben, dass sie nur Interessenten an den Vermieter weiterempfehlen, die damit einverstanden sind, selbst die bunten Wände der Vormieter zu streichen. Natürlich ohne jegliche Gegenleistung. Versucht man dagegen zu protestieren, kann man sich sicher sein, nie eine Rückmeldung des Vermieters zu bekommen. Auch utopische Abstandsorderungen für billige Gardinenstangen oder Möbel, die ihre besten Tage schon vor etlichen WG-Partys hinter sich gelassen haben, sind an der Tagesordnung. Die Vormieter wissen um die Not der Wohnungssuchenden, schließlich waren sie ja selbst gerade erst in der gleichen Situation, als sie sich nach einer größeren, besser gelegenen, oder moderneren Wohnung als der jetzigen umgesehen haben. Wahrscheinlich wurden auch sie mit lächerlich hohen Forderungen für den 10 Jahre alten Kühlschrank oder die vergilbten Küchenjalousien in ihrer neuen Wohnung konfrontiert. Wen wundert es also, dass sie nun die Not der eigenen Nachmieter ausnutzen, um ihre finanziellen Verluste wieder auszugleichen. Ein niemals endender Teufelskreis aus Ausgenutzten und Ausnutzenden.

Dem Mietwucher den Wind aus den Segeln nehmen

London hat mir gezeigt, welche Macht Vermieter in einer Stadt, die vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum beherrscht wird, über ihre Mieter haben können. Mietverträge sind selten, meistens hat man lediglich eine mündliche Vereinbarung mit dem Vermieter. Das hat zur Folge, dass die Mieter so gut wie keine Möglichkeiten haben, ihre Ansprüche durchzusetzen. Ein Beispiel: Eine Freundin von mir bat ihren Vermieter, Rauchmelder einzubauen, wozu er gesetzlich verpflichtet ist. Dieser weigerte sich jedoch und machte ihr deutlich, dass er sich bei der nächsten Beschwerde eine neue Mieterin suchen würde. Um nicht aus der Wohnung geschmissen zu werden, kaufte meine Freundin also auf eigene Kosten Feuermelder für die Wohnung. Als Mieter schluckt man fast alles, denn eine bezahlbare Wohnung in London zu finden, ist wie ein Sechser im Lotto. So verzweifelt ist der Wohnungsmarkt in Kiel zum Glück noch nicht, aber es gibt viel zu tun, um solche Zustände auf Dauer zu verhindern. Die sogenannte Mietpreisbremse soll beispielsweise einen Ausweg aus der angespannten Wohnsituation in Kiel schaffen. Dieses am 1. Juni 2015 in Kraft getretene Gesetz schreibt vor, dass bei Neuvermietung einer Wohnung, also bei Mieterwechsel, die neue Mieta nicht höher als 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete sein darf. Geltungsbereich der Mietpreisbremse sind Gegenden mit einem „angespannten Wohnungsmarkt“; diese Gegenden können die Länder selbst festlegen. Klingt erstmal gut, doch reicht das wirklich aus? Ein erster Dämpfer ist schon die Tatsache, dass diese Regelung nur für Bestandswohnungen, also Wohnungen, die schon vor dem 1. Oktober 2014 genutzt und vermietet wurden, gilt. Alle Wohnungen, die erstmals nach diesem Datum genutzt und vermietet wurden, gelten als Neubau und sind somit nicht von der Mietpreisbremse betroffen. Eine weitere Ausnahme sind Wohnungen, die einer „umfassenden Modernisierung“ unterzogen wurden. Von einer solchen Modernisierung spricht man, wenn die finanzielle Investition der Modernisierung mindestens ein Drittel der Kosten eines Neubaus einer vergleichbaren Wohnung beträgt. Was in der Theorie erstmal einfach klingt, kann sich in der Praxis jedoch als komplizierter als gedacht erweisen. Denn damit die Mietpreisbremse funktionieren kann, müssen Wohnungssuchende aktiv mitarbeiten. Sie müssen sich über die ortsübliche Vergleichsmiete erkundigen und unerlaubt hohe Mietforderungen melden. Doch sind wir mal ehrlich: wer auf der Suche nach einer neuen Wohnung ist und nach zahlreichen ergebnislosen Besichtigungen endlich die Chance auf einen Mietvertrag hat, wird diesen nicht ablehnen und den Vermieter melden, nur weil die Mieta 120 Prozent statt 110 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beträgt. Was kann also verändert werden? Ein Blick über den Tellerrand kann hierbei helfen.

Wien – ein Vorbild für Kiel?

2015 wurde die österreichische Hauptstadt zum fünften Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Das liegt zum einen am gut funktionierenden Nahverkehr, zum anderen an der Tatsache, dass 62 Prozent aller Wiener in geförderten Wohnungen leben. Besonders günstig sind die Mieten zudem in den 220.000 Wohnungen, die der Stadt selbst gehören. Doch nicht nur günstig, sondern dazu noch

gut lässt es sich in Wien wohnen. Auf Qualität und die vier Prinzipien ‚Architektur, Ökologie, Ökonomie und Soziales‘ wird bei den stadteigenen Wohnungen besonders viel Wert gelegt. Während in Deutschland viele Gemeinden in den letzten Jahrzehnten kommunale Wohnungen verkauft und so gut wie keinen sozialen Wohnungsbau betrieben haben, blickt Wien auf fast 100 Jahre Erfahrung im kommunalen Wohnungsbau zurück. So baute das meist sozialdemokratisch regierte Wien schon in den 1920er Jahren Arbeiterwohnungen, die ihnen nicht nur ein Dach über dem Kopf verschafften, sondern auch mit viel Licht, Luft, Grün und sogar einer eigenen Toilette bestachen. Bis heute hält die österreichische Hauptstadt an ihrem Besitz und am Neubau fest.

Mit dem Wiener Erfolgsmodell im Hinterkopf bleibt das wichtigste langfristige Ziel, in Kiel mehr kommunale Wohnungen zu bauen, um den steigenden Bedarf zu decken. Schließlich ist ein bezahlbares Heim zu finden kein Luxus, sondern ein menschliches Grundbedürfnis. Als solches darf es nicht ausschließlich dem freien Markt überlassen werden. Dazu ist die Nachfrage zu groß und das Angebot in Kiel zu klein. Kurzfristig müssen die bestehenden Probleme aber anders gelöst werden. So sollten vor allem junge Menschen über ihre Rechte als Mieter aufgeklärt werden. Dies könnte bei der Mietpreisbremse von Nöten sein, da viele Kielerinnen und Kieler gar nicht wissen, dass sie einen Teil ihrer Mietpreiserhöhung zurückfordern können, falls diese unzulässig hoch ist. Gleichzeitig gilt es, die Mietpreisbremse zu reformieren und eine überzogene Mietpreiserhöhung zur Ordnungswidrigkeit zu machen. Nur so kann schwarzen Schafen in der Vermietungsbranche der Anreiz genommen werden, die Notlage von Wohnungssuchenden auszunutzen.

Wir haben irgendwann übrigens mit viel Glück eine schöne Wohnung gefunden. Einige unserer anfänglichen Suchkriterien konnten wir umsetzen, andere nicht. Von dem Wunsch nach einer Badewanne mussten wir uns schweren Herzens verabschieden, dafür ist der Balkon wirklich groß. Größer als mein Zimmer in London. fb



OPPOSITION IM KIELER LANDTAG

Mehr Schweinefleisch für schleswig-holsteinische Minister

Es sind nur noch wenige Monate bis zur Landtagswahl. Zeit also sich zu fragen, wofür die Parteien in Schleswig-Holstein stehen. Welche Themen sollten in den nächsten fünf Jahren behandelt und was muss angegangen werden? Doch wer sich fragt, welche Positionen die CDU in den letzten Jahren vertreten hat, kommt schnell ins Grübeln.

Die „Schweinefleischpflicht für öffentliche Kantinen“, die Pflicht für schleswig-holsteinische Landesminister auch in ihrem Bundesland zu wohnen und eine „Verabschiedungskultur“ sind drei Themen, mit denen die CDU Schlagzeile gemacht hat. Natürlich hat die CDU nicht gefordert, dass Schweinefleisch zur verpflichtenden Mahlzeit wird, doch blieb genau das hängen. Die CDU forderte, die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, dass wieder mehr Gerichte mit Schweinefleisch auf den Speiseplänen auftauchen. Immer mehr Kantinen in Kitas und Schulen hätten – zumindest behauptet das die CDU – Schweinefleisch aus dem Angebot genommen. Dies sei ein Akt „falschverstandener Rücksichtnahme“, Schweinefleisch gehöre zu unserer Kultur und gehöre daher in den Mensaplan.

Was nach einer provinziellen Sommerposse klingt, ist gefährliche Stimmungsmache. Die CDU suggeriert, dass aus Rücksichtnahme auf Moslems und Juden bestimmte Gerichte nicht mehr angeboten würden. In Wahrheit wird Schweinefleisch einfach weniger nachgefragt: Nicht nur aus religiösen Gründen wird weniger Schwein verzehrt, Vegetarier und Veganer argumentieren ihren Fleischverzicht meist ethisch, daneben gilt Schweinefleisch als ungesund. Indem die CDU das Thema auf die Religion verengt, schürt sie Vorurteile: Die deutsche Gesellschaft beuge sich den zu uns geflüchteten Moslems. Der Vorschlag der CDU und insbesondere die Argumentation ist somit kein Witz, sondern vielmehr ein Spiel mit rechten Vorurteilen. Dabei leiden wirklich viele schleswig-holsteinische Bäuerinnen und Bauern unter fallenden Preisen. Das betrifft nicht nur die Milchbauern, sondern eben auch andere Tierproduzenten. Statt aber zu diskutieren, wie eine Agrarwirtschaft der Zukunft aussehen könnte, fordert die CDU das verstärkt anzubieten, was nicht nachgefragt wird. Bezeichnend ist aber, dass es der Schweinefleischantrag in die überregionale Presse geschafft hat. Kaum einem landespolitischen Thema wurde solche Beachtung geschenkt. Dabei gebe es genug Probleme, die zu diskutieren wären; wir diskutieren über Schweinefleisch.

Wer glaubt, albernere ginge es nicht, unterschätzt die CDU. Das nächste große CDU-Thema waren Ministerinnen und Minister, die nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Hamburg wohnen. Dies solle verhindert werden, indem die Minister verpflichtet werden, ihren Wohnort im „echten Norden“ zu haben. Warum es wichtig ist, dass jemand in Kiel, Pinneberg oder Elmshorn und nicht in Hamburg wohnt, erschließt sich wohl nicht jedem. Doch wieder bedient die CDU ein bestimmtes Gefühl.



Welche Sau treibt die CDU als nächstes durchs Dorf?

Die Minister sollen in der schönen „Heimat“ wohnen und nicht in der „Ferne“. In einem Bundesland, das so eng mit Hamburg verbunden ist, mutet auch dieser Vorschlag aberwitzig an.

Ist es für uns wirklich wichtig, wo der Minister oder die Ministerin ihren ersten Wohnsitz hat? Ist es nicht viel mehr so, dass viele Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen nach Hamburg pendeln, aus familiären Gründen aber im Norden wohnen bleiben? Gerade die CDU fordert doch immer, dass die Menschen flexibler sein müssen, die Minister sollen aber von ihren Partnerinnen und Partnern getrennt leben, wenn diese weiterhin in Hamburg bleiben (müssen)?

Unvergessen auch die Forderung des CDU-Spitzenkandidaten Ingbert Liebing nach einer „Verabschiedungskultur“ – die Medien sollen vermehrt über Abschiebungen von Flüchtlingen berichten. Die Konzeptlosigkeit der CDU in der Flüchtlingspolitik ist erschreckend. Menschliche Schicksale aber zur Abschreckung und Belustigung zu nutzen, war ein weiterer trauriger Höhepunkt. Die CDU versucht zu Lasten der Geflüchteten, Stimmen am rechten Rand zu fischen. Konstruktive Vorschläge Fehlanzeige. Die Vorschläge der CDU sind Ausdruck einer Plan- und Konzeptlosigkeit. Es fehlen konkrete Ideen und Themen, mit denen sie sich von der Landesregierung absetzen können. Die CDU flüchtet sich in den Populismus. Damit gefährdet sie die ganze Landespolitik. Wenn man der CDU zuhört, könnte man glauben, es gebe keine Probleme in Schleswig-Holstein. Wenn man dann noch bedenkt, dass monatelang über einen Gottesbezug gestritten wird, könnte man glauben, die Landespolitik beschäftige sich nicht mit den „wirklichen“ Problemen.

Dabei braucht es eine starke Opposition. Eine CDU, die kritisch hinterfragt und sich konstruktiv in die politische Debatte einbringt, fehlt in Schleswig-Holstein. Eine gute Opposition schärft auch immer die Arbeit der Regierung – sie zwingt die Koalition ihre Projekte zu erklären und nachzubessern. Sie integriert aber eben auch eine Gegenmeinung in den parlamentarischen Betrieb und ist somit ein Abbild einer pluralistischen Gesellschaft. Die CDU Schleswig-Holstein ist bereits mit der Oppositionsarbeit überfordert, wie sollte sie regieren?

EINFACH UND NAIIV

Über die Renaissance des Populismus

Trump, Le Pen, Petry, Hofer, Farage. Diese Namen beherrschten in den vergangenen Monaten die Schlagzeilen und mischen seither das politische Geschehen in ihren Ländern auf. Um den Vormarsch dieser Personen zu stoppen, fehlt es den gemäßigten Parteien jedoch an Patentrezepten. Was ist also passiert, dass Trump und Co. mittlerweile so viele Menschen erreichen?

Die Erde ist keine Scheibe, sondern eine Kugel. Diese Feststellung hat das menschliche Weltbild vor vielen Jahrhunderten komplexer gemacht und sich somit einer naiven Vorstellung über unseren Planeten entledigt. Seither hat unser Weltbild an Komplexität zugenommen. So ist die Idee eines Lebens in nationalstaatlichen Grenzen einer globalisierten und grenzüberschreitenden Realität gewichen. Die vertiefte europäische Integration und die stetige Globalisierung hat folglich auch Politik zunehmend komplizierter werden lassen. Mittlerweile müssen Regierungen aber nicht nur die wachsende Entscheidungs- und Steuerungskomplexität bewältigen, sondern ihr Handeln auch verständlich gegenüber ihrem Volk erklären. Dank der Digitalisierung ist Kommunikation selbst zwar einfacher, aber dafür auch vielfältiger und somit unüberschaubar geworden. So konkurrieren beispielsweise die tagesschau und DER SPIEGEL mittlerweile mit verschwörerischen Internetblogs oder rechtsextremen Facebook-Seiten. Sachliche Auseinandersetzungen werden so schwieriger, denn nur wer provokant und plakativ auftritt, erhält auch die meiste Aufmerksamkeit.

Bürger ohne Durchblick?

Auf die Folgen dieser unsortierten Informationsvielfalt weist der Politikberater Erik Flügge in seiner Analyse der AfD-Wählerschaft hin. Seiner Meinung nach ist der gemeinsame Nenner der AfD-Anhängerschaft eben nicht, dass sie dumme Protest-Nazis sein. Stattdessen habe es mit ihrer mangelnden Fähigkeit zu tun, Quellen von Nachrichten kritisch zu reflektieren. Deshalb nehmen sie lediglich die Informationen wahr, die ihr einfaches Weltbild stützen. Aus diesem Grund fordert Flügge, dass seriöse Medien eine Art Gegenpropaganda entwickeln sollten, um kurzfristig gegen Verschwörungstheorien und rechtspopulistische Informationsquellen anzukämpfen. Langfristiges Ziel soll aber eine politische Bildung sein, die Quellenkritik zum neuen Kern hat. Jedoch lässt Flügge offen, wie solch eine „Gegenpropaganda“ auszusehen hat, ohne im Niveau zu sinken. Auch die Frage, warum AfD Wähler überhaupt Quellen nach einem bereits existierenden Weltbild auswählen, bleibt offen. Eine Antwort liegt vielleicht im aktuellen Trend, die Komplexität der Welt durch simple Sichtweisen zu erschließen, die keine Kompromisse zulassen. Diesen Trend zur einfachen und kompromisslosen Antwort auf komplexe Fragen wollen viele etablierte Parteien nicht übernehmen. Grund hierfür mag die Erfahrung von Regierungsverantwortung sein, die ein Bewusstsein für die Komplexität von Problemen geschaf-

fen hat. Genannt seien nur Entscheidungen wie die Hartz-Reformen, die Euro-Rettungspolitik, die Entscheidungen zur EU-Flüchtlingskrise oder aber die bevorstehenden Freihandelsabkommen. Bei all diesen Maßnahmen standen und stehen CDU, SPD, Grüne und FDP unter schwierigen Abwägungen auf Grund diverser Sachzwänge, die nach außen hin schwer zu vermitteln sind. Beispielsweise waren die Zusammenhänge und Gründe bei der Griechenlandrettung sehr abstrakt und konnten sich somit kaum gegen emotionale Berichte über „verschwenderische Pleitegriechen“ durchsetzen. Doch genau diese emotionale Vorgehensweise ist es, die populistischen Bewegungen seit Jahren immer mehr Zulauf generiert.

Populismus kennt keinen Kompromiss

Weil Politik immer abstrakter wird und Entscheidungen durch globale Sachzwänge als „alternativlos“ erscheinen, entsteht eine gefühlte Machtlosigkeit. Die Ursache dieser Machtlosigkeit sehen viele Menschen im Wegfall der nationalen Souveränität. So sagten mehr als 80 Prozent der Trump-Anhänger, dass die USA ihre Identität verloren habe und die Regierung zu viel für Minderheitengruppen unternehme. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass Trumps einfältiger Vorschlag, Amerikas Probleme durch den Bau einer Mauer zu Mexiko zu stoppen, auf große Resonanz trifft. Mit ähnlich einfachen Botschaften führten UKIP und Teile der Konservativen in Großbritannien die Menschen zum Brexit. Auch hier war das Leitmotiv die Rückgewinnung der nationalen Souveränität. Die Liste lässt sich mit der AfD, dem Front National oder auch der FPÖ beliebig fortführen. Aber auch von links gewinnt Populismus eine größere Anhängerschaft, welche die gefühlte Machtlosigkeit durch mehr direkte Demokratie überwinden möchte. Dies hat sich bei der aktuellen Debatte um Freihandelsabkommen gezeigt. Während große Teile der SPD sich um eine intensive Debatte über das Für und Wider sowie die Grenzen des Freihandels bemüht haben, war von linken Aktivisten um Campact oder Greenpeace nur ein kompromissloses „Nein“ zu vernehmen. Statt faktischer Auseinandersetzung wurde sich stets emotionaler Themen wie dem „Chlorhühnchen“ bedient oder das CETA-Abkommen zum kapitalistischen Raubmord durch Kanadas Konzerne stilisiert. Dieser Populismus erzeugt so ein wachsendes Misstrauen zwischen vermeintlich elitären „Politikern“ und einem wiederum vermeintlich machtlosen „Volk“. Daher wunderte es nicht, dass direkt nach dem Beschluss des SPD-Konvents zu CETA sowohl von linker als auch rechter Seite die alte Schelte „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten“ zu vernehmen war. Schließlich steht die Sozialdemokratie seit jeher für das, was Populisten zuwider ist: Der demokratische Interessenausgleich im Kompromiss. Deshalb müssen wir als Gesellschaft weg vom politischen Denken in „entweder-oder“ und hin zum „sowohl-als-auch“. Wie wir das schaffen, muss diskutiert werden. Einen Kompromiss werden wir mit Sicherheit auf die Beine stellen.

INTERNATIONALER NATIONALISMUS

Über die Vielfalt der europäischen Rechten

Als am 13. März um 18:07 die ersten Hochrechnungen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz über die Bildschirme flimmerten, musste jedem Beobachter klar geworden sein, dass es zukünftig sechs etablierte Parteien geben wird. Auch ist kaum vorstellbar, wie die AfD am Einzug in den Bundestag im kommenden Jahr scheitern sollte. Die politische Rechte wird in Zukunft in allen Parlamenten vertreten sein und zum Alltag dazugehören. Zumindest, wenn sich nicht bald etwas dramatisch ändert. Vielleicht ist es aber auch nicht besonders überraschend, bedenkt man, dass in fast allen Ländern um Deutschland herum Parteien aus dem rechten Spektrum schon länger zum Alltag dazugehören. Und das schon vor der Flüchtlingskrise. Deutschland war bisher eher eine Ausnahme, was den europäischen Trend angeht. Ob der Aufstieg der AfD ein Ergebnis eines langfristigen Trends oder durch die Flüchtlingskrise verursacht worden ist: ein Blick ins Ausland hilft zu begreifen, wie sich die politische Landschaft in Europa in kurzer Zeit so ändern konnte.

Es gibt viele Eigenschaften, die die neuen Rechten in Europa gemein haben und doch auch markante Unterschiede. Eine Gemeinsamkeit ist die Herkunft. Viele der rechten Bewegungen, wie etwa die skandinavischen Schwedendemokraten, die dänische Front oder die wahren Finnen sind aus ehemals stark rechtsextremen, teils sogar nationalsozialistischen Bewegungen hervorgegangen. Allen ist gemein, dass ihre Anführer sich ab einem gewissen Zeitpunkt vom ungerichteten Rechtsextremismus verabschiedet und einen gemäßigeren Kurs eingeschlagen haben, der zwar rechts, aber ganz klar auf die bürgerliche Wählerschaft ausgerichtet ist. Solches Handeln hatte

auch schwere innere Konflikte zur Folge; innerparteilich war dieser Prozess von Parteiausschlüssen gekennzeichnet, da alte Kader nicht von extrem rechten Aussagen lassen wollten. Doch der Erfolg ist deutlich: laut Umfragen würde Marine Le Pen zur nächsten französischen Präsidentin gewählt, die niederländische Partij voor Vrijheid von Geert Wilders wäre stärkste Kraft, ebenso die FPÖ in Österreich, die nach jetzigem Stand auch den nächsten Bundespräsidenten stellen wird. Die rechten Parteien in Skandinavien sind mit 13 bis 22 Prozent in den Parlamenten vertreten, die dänische Volkspartei sogar stärkste Kraft.

In diesen Ländern nehmen die Parteien einen unverkennbaren Platz am rechten Rand mit klarer Ausrichtung gegen die etablierten Volksparteien ein. In Osteuropa ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die PiS in Polen sowie die Fidesz in Ungarn betreiben einen eindeutig nationalistischen Kurs, haben jedoch schon seit langer Zeit den Charakter einer etablierten Volkspartei. Alle Visegrád-Staaten, darunter auch Tschechien und die Slowakei, zeichneten sich in der Flüchtlingskrise durch ihre rigorose Ablehnung der deutschen Flüchtlingspolitik aus und machten klar, dass sie aus dem einfachen Grund, dass sie Muslime sind, keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Diese ansonsten eindeutig rechte Auffassung wurde sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei von der sozialdemokratisch geführten Regierung vertreten. Das macht deutlich, dass diese Länder aufgrund ihrer Geschichte strukturell anders verfasst sind. Da sie erst seit kurzer Zeit freiheitliche Demokratien sein dürfen, sind sie nicht bereit, Veränderungen, wie etwa Einwanderung aus anderen Kulturen, zuzulassen. Außerdem gilt der wohlbekannteste statistische Zusammenhang: je weniger Ausländer, desto mehr werden sie abgelehnt. Ungarn hat mit gerade mal 1,5 Prozent den größten Ausländeranteil der Visegrád-Staaten. Deutschland hat im Vergleich dazu 9 Prozent.



Nicht nur Grenzen trennen die rechtspopulistischen Parteien in Europa. Auch Inhaltlich gibt es erhebliche Unterschiede.

Während „Rechts“ in Osteuropa eher strukturell bedingt ist und Volkspartei charakter besitzt, führten rechte Parteien in Mittel- und Westeuropa lange Zeit ein Nischendasein. Seit einiger Zeit konnten sie sich aber damit profilieren, gegen die Volks- oder „Systemparteien“ zu sein und den Mainstream zu verlassen. Dazu zählt auch die Partij voor Vrijheid (PVV) von Geert Wilders. Anerkennung erfuhr Wilders' Partei schon früh, als sie 2010 aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Koalition aus Christdemokraten und Rechtsliberalen stützte. Ursprung der rechten Bewegung in Holland war jedoch nicht Wilders, sondern der 2002 ermordete Pim Fortuyn. Fortuyn war der erste, der die Probleme des holländischen Multikulturalismus stark zugespitzt kritisierte, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht diskutiert wurden. Der politische Mord an Fortuyn durch einen Linksradikalen und der spätere Mord am Filmemacher Theo van Gogh durch einen Islamisten heizten die Stimmung in den Niederlanden an. Dass ausgerechnet die ungeheuer fortschrittlichen Niederlande, in denen 2001 die erste vollumfängliche Homohe weltweit eingeführt wurde, nun eine so stark rechte Partei aufweist, mag auf den ersten Blick verwundern. Doch gerade diese Fortschritte wurden nationalisiert und nun als Argument gegen andere Kulturen eingesetzt, die angeblich eine Bedrohung für diese Rechte darstellen. So verwundert es nicht und ist doch ein Alleinstellungsmerkmal der PVV innerhalb der rechten Parteien Europas, dass sie sich ausdrücklich Frauen- und Homosexuellenrechte auf die Fahnen schreibt und zudem eine äußerst positive Sicht auf Israel hat. Und zwar insbesondere in dem Zusammenhang, dass all das durch den „islamischen Tsunami“ bedroht sei.

Wieder anders verhält es sich in Österreich. Jörg Haider kam 1986 als Vertreter der Rechtsextremen an den Parteivorsitz. Die FPÖ wurde unter Haider und seinem charismatischen, selbstbewussten Auftreten immer stärker, was schließlich in einer Regierungsbeteiligung mit der ÖVP mündete. Doch das Regieren schadete der Protestpartei. Haider wollte daraufhin eine Modernisierung. Der rechtsnationale Flügel, darunter auch Heinz-Christian Strache, protestierten. Haider schied aus, gründete eine neue Partei und starb später bei einem Autounfall, was Österreich in eine Art kollektive Trauer stürzte. Strache wurde neuer Vorsitzender der FPÖ und setzte den stramm rechtsnationalen Kurs fort. Haider war Provokateur und rechts, aber nicht so stumpfsinnig, wie man vielleicht meint. Simple Ansagen wie „Daham statt Islam“ kamen erst mit Strache. „HC“ Strache, wie er meist genannt wird, hat hingegen eine äußerst braune Vergangenheit.

2007 tauchten Fotos auf, die Strache als Mitglied der Neonazis der „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“ zeigten, zudem nahm er an Zeltlagern der neonazistischen Wiking-Jugend teil. Gleichzeitig sind 13 der 31 männlichen Abgeordneten Mitglieder des stramm rechten deutschnationalen Bundes, des Dachverbandes deutscher Burschenschaften. Zwischen zwei Unterverbänden kam es 2011 zu einem Ausschlussantrag, weil einer der Verbände den Ausschluss des anderen forderte, da ein Mitglied nicht deutscher Abstammung war. Die prominenteste Politikerin der FPÖ ist Barbara Rosenkranz. Vor der Bundespräsidentenwahl 2010 war sie unwillig anzuerkennen, dass es im 2. Weltkrieg Gaskammern gegeben

hat und das NS-Verbotsgesetz, dass unter anderem die Holocaustleugnung unter Strafe stellt, beibehalten werden soll. Ihr Mann trat 1990 zur Nationalratswahl als Spitzenkandidat der Liste „Nein zur Ausländerflut“ an, die er gemeinsam mit dem mehrfach verurteilten Holocaustleugner Gerd Honsik gründete. Der ehemalige Europaabgeordnete und FPÖ-Ideologe Andreas Mölzer bezeichnete die EU als schlimmer als das nationalsozialistische Deutschland und später zudem als Negerkonglomerat. Was an all diesen Beispielen deutlich wird: anders als andere Rechtsparteien in Europa sind führende Personen der FPÖ tief im Rechtsextremismus verstrickt. Dennoch ist die FPÖ in Umfragen momentan stärkste Kraft. Das wirft die Frage auf, ob die österreichische Bevölkerung grundsätzlich rechts eingestellt ist oder ob die österreichischen Volksparteien besonders schwach sind.

Angesichts des unausweichbar scheinenden Rechtsdralls in Europa stellt sich die Frage: was wäre, wenn eines Tages tatsächlich hauptsächlich rechte Parteien den Ton angeben würden? Zunächst sollte die Entwicklung nicht überdramatisiert werden. Der Aufstieg der AfD in Deutschland bedeutet noch lange nicht den Ausbruch des vierten Reichs, zudem helfen ewige Ermahnungen an die Wählerschaft am Ende ohnehin nur den Rechten. Doch muss die Frage erlaubt sein, was es bedeutet, wenn Parteien die Macht übernehmen, die vornehmlich nur die Interessen der eigenen Nation, der eigenen „Ethnie“ vertreten und nur ihre subjektiv empfundene Gerechtigkeit gelten lassen wollen. Ein erschreckendes Beispiel liefert der Südtiroler Freiheitskampf. Dieser begann 1955 und sollte mit Anschlägen die Loslösung Südtirols von Italien herbeiführen. Fünfzehn Italiener wurden ermordet, bevor die Gewalt Mitte der 80er abebbte. HC Strache gilt als klarer Befürworter der Unabhängigkeitsbewegung. Sollte die FPÖ an die Macht gelangen, wird man beginnen, sich in Europa wieder um Gebiete zu streiten und nicht um Staubsaugerverordnungen. Wollen die EU-Bürger das wirklich? Sind die heutigen Streitereien der EU-Bürokratie dagegen wirklich so schlimm, dass man so etwas riskieren möchte? Es ist gerade einmal 27 Jahre her, dass konservative Vertreter der „Systempartei“ CDU nicht akzeptieren wollten, dass im 2+4 Vertrag die Oder-Neiße-Linie endgültig als deutsch-polnische Grenze festgelegt wird. Es wäre bemerkenswert, wenn sich beim rechten AfD-Flügel niemand finden würde, der noch von der Idee eines größeren Deutschland begeistert wäre.

Die osteuropäischen Rechten wollen keinen Versuch unternehmen, Ausländer zu Angehörigen ihrer eigenen Nationen zu machen, da sie ihnen diese Fähigkeit absprechen. Diese Einstellung können sie sich angesichts ihres geringen Ausländeranteils sozusagen auch leisten. Doch was ist mit Staaten wie Deutschland und Frankreich? Dort leben Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Wir müssen zu einem Ganzen wachsen; eine Partei, die diese Menschen grundsätzlich ausgrenzt, kann zu einer völligen Aufspaltung der deutschen Gesellschaft führen, was katastrophale Folgen in der Zukunft hätte. Was will eine AfD denn tun, wenn sie die Meinung vertritt, Muslime passen nicht zu Deutschland? Vertreiben? Oder noch etwas anderes? Viele der Dinge, von denen wir dachten, dass sie vergangen sind, werden zwar in naher Zukunft nicht über uns hereinbrechen. Aber sie sind greifbarer geworden. *fk*

JUNG UND ALTERNATIV?

Nachwuchs der Rechtspopulisten im Fokus

Rechtspopulisten prägen viel zu oft mit provokanten Äußerungen und Forderungen den öffentlichen Diskurs in Deutschland. Nicht immer verlaufen die Debatten zu ihrem Vorteil. Gut kann man sich noch daran erinnern, als von einem Tag auf den anderen der Fußballspieler Jerome Boateng zum begehrtesten Nachbarn Deutschlands wurde. Trotzdem hat sich die Alternative für Deutschland (AfD) zu einer festen Größe am rechten Rand der deutschen Parteienlandschaft gemausert. Das haben nicht zuletzt die jüngsten Landtagswahlen verdeutlicht. Längst wird die Partei nicht mehr nur von alten Männern gewählt und geführt. Junge Männer stehen bereits in den Startlöchern. Ein Blick auf die Junge Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD, lohnt sich. Denn es ist wichtig, den politischen Gegner „von morgen“ zu kennen.

Am 17.07.2016 wurde die Doppelspitze der JA, bestehend aus Markus Frohnmaier und Sven Tritschler, auf dem 4. Bundeskongress der noch jungen und knapp 1200 Mitglieder starken Jugendorganisation, bestätigt. Die sechzehn Landesverbände bemühten sich ein Bild der Geschlossenheit abzugeben. Ein Signal an die Mutterpartei. Doch auch die kurze Geschichte der JA ist nicht frei von Spaltung. Zwei Jahre nach der Gründung der JA im Juni 2013, trennten sich die Jungen Reformer ab und fungierten fortan als Jugendorganisation der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA).

Rechts und stolz darauf

Wofür stehe ich ein? Eine Frage, die vielen Jugendlichen schon mal durch den Kopf gegangen ist. In den ehemals westdeutschen Bundesländern war es für Jugendliche deutlich attraktiver ins politisch linke Spektrum einzutauchen, um sich so vom Mainstream und der Elterngeneration abzugrenzen. In einer immer liberaler werdenden Gesellschaft, in der es zumindest auf dem Papier Gleichberechtigung gibt, kann sich die Identitätssuche jedoch anders gestalten. Deutlich wird dies an der wachsenden Zahl der sich heutzutage in ihrem Selbstverständnis als rechts fühlenden und nach außen hin auch so präsentierenden Jugendlichen. Die JA weiß dieses Potenzial für sich zu nutzen und rekrutiert ihre Anhängerschaft aus dem Lager der „Neuen Rechten“. Die personellen Überschneidungen von Mitgliedern der JA und Unterstützern der völkischen und islamfeindlichen „Identitären Bewegung“ haben aber nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch eigene Partei-Kader auf den Plan gerufen. Die Identitären behaupten, dass die politischen Eliten massiv einen gezielten „Austausch“ der Bevölkerung vorantreiben. Um in Zukunft den Augen des Verfassungsschutzes zu entgehen und JA-Mitgliedern im Staatsdienst vor beruflichen Konsequenzen zu schützen, sollen künftig Antragssteller in der JA, die sich in beobachteten Organisationen engagieren, konsequent abgelehnt werden. Die JA hat ihre Lehren aus der Vergangenheit gezogen, in der Parteien, die offen rechtsextrem auffielen, in den letzten Jahren immer den Weg in die politische Bedeutungslosigkeit antraten. Einen weiteren Teil ihrer Anhängerschaft gewinnt die Nachwuchs-AfD im rechten Burschenschaftsmilieu.

Den Männerbündlern bietet die Partei eine gern angenommene Plattform, um an politischem Einfluss zu gewinnen.

Wir haben nichts gegen Ausländer, aber ...

Als Reaktion auf den Anschlag von Nizza fordert der Bundesvorsitzende Markus Frohnmaier in der FAZ einen unmittelbaren Einwanderungsstopp für alle Muslime, die nicht EU-Bürger sind und neu nach Europa einreisen möchten. Die Jugendorganisation sieht in diesen Menschen kategorisch ein potenzielles Sicherheitsrisiko. Nicht nur die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ ist der JA ein Dorn im Auge. Ihnen schwebt auch ein vermottetes Frauenbild vor. In ihrer antifeministischen Kampagne, die unter dem Slogan „Gleichstellung statt Gleichmacherei“ lief, versuchte die JA mit „Argumenten“ wie „Ich bin kein Feminist, weil Familie wichtiger ist als Karriere und ich den Genderwahn stoppen will“ zu überzeugen. Auch auf dem Gebiet der EU-Kritik, quasi dem Geburtshelfer der Rechtspopulisten, ist die JA aktiv. Gemeinsam mit den „Young Sweds“ forderten sie in einem Appell die britische Bevölkerung zum Brexit auf. Hier wird auch die gute internationale Vernetzung der JA sichtbar. Auf dem diesjährigen JA-Bundeskongress waren ebenfalls Vertreter von Jugendorganisationen anderer rechtspopulistischer Parteien aus Europa vor Ort, wie der Nachwuchs der FPÖ aus Österreich, des französischen Front National und der italienischen Lega Nord. Desweiteren denkt die JA über eine Kooperation mit der Jungen Garde von Wladimir Putins Partei „Einiges Russland“ nach.

Der echte Norden

In Schleswig Holstein gibt es auch einen Landesverband der JA, wobei dieser bisher nicht sonderlich auf sich aufmerksam gemacht hat. Zuletzt sichtbar wurden Mitglieder aus der JA bei den Wahlen zum Studierendenparlament an der CAU in Kiel. Dort traten sie für den sich nach außen hin als parteipolitisch unabhängig bezeichnenden Bund freierheitlicher Studenten (BFS) an. Die parteipolitische Unabhängigkeit des BFS ist definitiv in Frage zu stellen, da drei der Kandidaten auf der Wahlliste in der JA aktiv sind, u. a. mit Teja Teufel auch der stellvertretende Landesvorsitzende. Dazu kommt, dass die Verstrickungen nicht nur der JA-Mitglieder auf der Liste in das rechte Burschenschaftsmilieu nicht zu übersehen sind, denn vier Kandidaten des BFS sind in äußerst rechten Kieler Burschenschaften beheimatet. Nach der Wahl ist festzuhalten, dass der BFS zwar „nur“ 105 Stimmen für sich verbuchen konnte, was jedoch bei der geringen Wahlbeteiligung schon 3 Prozent und eine Vertreterin im Parlament bedeutet. In der Landeshauptstadt kann trotzdem der Versuch, unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit durch die Hintertür seine politischen Ziele unter „Volk“ zu bringen, als vorerst gescheitert angesehen werden. Es wird sicher nicht der letzte Anlauf gewesen sein und ob auch in Zukunft dieses Gedankengut bei jungen Menschen kein Gehör findet, hängt auch von uns ab. Wo Rechtspopulisten probieren, die Deutungshoheit zu gewinnen, müssen sich Sozialdemokraten in den Weg stellen. Eins ist gewiss, wie sich der BFS und die JA in Schleswig-Holstein entwickeln, ist genau zu beobachten, denn im echten Norden schaut man nicht weg! fw

HINTER DEM HEFT:

Die Kieler Jusos

Wer wir sind

Wir Jusos sind nicht nur gerne die Jugendorganisation in der SPD, sondern auch ein eigenständiger Verband mit eigenen Zielen und Vorstellungen. Neben unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität fühlen wir uns besonders internationalistischen und feministischen Zielen verbunden und haben die Interessen junger Menschen im Blick. Wir finden, dass rumsitzen und meckern zu wenig ist, stattdessen diskutieren wir über die besten Lösungen, versuchen andere davon zu überzeugen und sie umzusetzen – im Kleinen wie im Großen. In Kiel haben wir zur Zeit etwa 350 Mitglieder, von denen sich viele in unterschiedlichen Zusammensetzungen engagieren: im Kreisvorstand, in der Rotkielchen-Redaktion, im Arbeitskreis Geflüchtete oder in kommunalen Ehrenämtern. Im kommenden Jahr wollen wir wieder für gute SPD-Ergebnisse bei den Wahlen kämpfen, weil wir davon überzeugt sind, dass sozialdemokratische Politik mehrheitsfähig und gut für die Menschen in diesem Land ist. Daneben diskutieren wir aktuell, wie die Zukunft unserer Stadt gestaltet werden kann, modern, gerecht, ökologisch, sozial, offen. Wir beschäftigen uns mit neuen Verkehrskonzepten wie einem „Semesterticket für alle“, mehr Fähren um die Fördeufer zu verbinden oder einer weiteren Verbesserung des Fahrradverkehrs. Ein weiteres wichtiges Thema ist das Leben im Stadtteil mit der Teilhabe an Entscheidungen. Wir freuen uns, wenn du Mitglied werden oder einfach mal reinschnuppern willst!



Die Kieler Jusos – aktiv in- und außerhalb von Parlamenten



Termine

In der Regel am 2. Freitag im Monat treffen wir uns um 18 Uhr zur öffentlichen Kreisvorstandssitzung (WDH, Kleiner Kuhberg 28-30) und anschließend zur lockeren Gesprächsrunde (spätestens 20:30, Chelsey, Jungfernstieg). Kommt gerne vorbei! Unterschiedliche aktuelle Termine unter: termine.jusos-kiel.de und bei Facebook

Demnächst zum Beispiel:

05. November: Aktiv beim Kreisparteitag der SPD Kiel
 18. November: Seminar „Selbst kommunalpolitisch engagieren“
 24. November: Rotes Sofa mit Ulf Kämpfer
 12. Dezember: Theoriezirkel „Demokratie & Partizipation“

Rotkielchen-Förderabo

Ihr könnt es wieder einmal kaum erwarten, dass das neue *Rotkielchen* erscheint? Ihr habt Angst, dass es in eurer Kneipe oder der Mensa schon vergriffen ist? Macht euch keinen Stress, für euch haben wir das *Rotkielchen*-Förderabo! Ihr bekommt alle Ausgaben des *Rotkielchens* frei Haus und regengeschützt im Umschlag mit der Post zugestellt. Klingt gut? Ist aber noch nicht alles: Zusätzlich sichert ihr mit eurem Beitrag das Erscheinen eures Heftes und seine gewohnte Qualität. Über die Höhe eurer Förderung entscheidet ihr selbst. Da aber unsere Kosten pro Heft 4,- € betragen, möchten wir um mindestens 10,- € im Jahr bitten. Geht einfach auf www.foerderabo.rotkielchen.de.

Wenn ihr ab 12,- € im Jahr Mitglied der Jusos Kiel werdet, ist das Rotkielchen im Beitrag bereits enthalten und vor allen anderen bei euch: www.mitglied.jusos-kiel.de.





GLASNOŦST

LASS DAS MAL DEN PAPA MACHEN!

Lange Zeit war es ruhig um die beliebte Serie, die Bernd Strombergs Leben in der Capitol Versicherung begleitet. Der *Rotkielchen*-Redaktion liegen Informationen vor, dass bereits seit mehreren Jahren die Produktion einer Nachfolgeserie läuft. Für die Hauptrolle wurde jedoch ein neuer Bernd gefunden. Dieser wird seit langem bei seinen Bemühungen um einen politischen Aufstieg in einer mittelgroßen Stadt in Norddeutschland von einem Kamerateam begleitet. Dabei wird weiterhin auf die erfolgreichen Elemente der Vorgängerserie gesetzt: Ein Hauptdarsteller, der oftmals überfordert wirkt und dem es doch nicht an Selbstbewusstsein mangelt. Zudem kann er den Ellenbogen ausfahren und wie durch ein Wunder fallen ihm seine plumpen Aktionen meist nicht auf die Füße.

Rotkielchen durfte jetzt exklusiv Einblick in einige Episoden der Serie nehmen und die Highlights veröffentlichen:

Staffel 1, Episode 5: Der Kaffeefahrten-Trick

Die lokale Bundestagsabgeordnete organisiert eine Informationsreise, bei der zahlreiche Menschen aus Bernds Wahlkreis eingeladen sind. Bernd hat den richtigen Riecher und kapert die Reise. Im Vorhinein schmückt er den Bus: Neben den klassischen Fähnchen darf die übergroße „Bernd on Tour“-Fahne natürlich nicht fehlen. Nachdem auf Hin- und Rückreise alle Teilnehmer auf Dauerschleife den kürzlich produzierten dreiminütigen Wahlsport von Bernd gesehen haben, weiß natürlich keiner mehr, dass eigentlich das Bundespresseamt die Fahrt finanziert hat. Ein voller Erfolg!

Staffel 1, Episode 9: Im Rampenlicht

Für den Kreisparteitag ist Bernd nicht für das Präsidium vorgesehen. Doch sämtliche Parteispitzen werden für die Eröffnung erwartet. Da kann Bernd einen Platz auf den billigen Delegiertensitzen natürlich nicht hinnehmen. Kurzer Hand ersetzt er ein vorgesehenes Präsidiumsmitglied und heizt der Versammlung durch launige Ankündigungen der Reden ordentlich ein. Für den langweiligen Antragsberatungskram darf dann auch die eigentliche Präsidiumsbesetzung wieder ran. Bernds Bekanntheitswerte steigen!

Staffel 2, Episode 1: Juristische Eskapaden

Nachdem als Cliffhanger zum Ende der ersten Staffel Bernds Frau bekannt gegeben hatte, ebenfalls politisch durchstarten zu wollen, dreht sich die erste Episode um Probleme im Vorfeld der Nominierungsveranstaltung. Es ist unklar, welches Wahlverfahren angewandt werden soll. Als dann bekannt wird, dass die Entscheidungsträger ein Verfahren bevorzugen, welches für seine Frau ungünstig sein könnte, ist Bernd gefragt. Fix ist ein Plan ausgearbeitet: Dem Kreisvorstand werden, egal um welchen Preis, juristische Schritte angedeutet, wenn nicht ein anderes Verfahren angewendet wird. Natürlich fallen alle auf Bernds Trick rein. Welch ein Coup!

Staffel 2, Episode 3: Die Individualsozialisten

Zu allem Überdross fangen nun auch noch die wenigen jungen Leute in seiner Partei an, sein Verhalten zu entlarven. Schließlich droht ihm der Gesichtsverlust, nachdem die frechen Jugendlichen einen satirischen Beitrag über ihn verfassen. Um seine Macht zu beweisen, verklagt er die jungen Rowdys wegen Vize-Präsidentenbeleidigung. Doch Bernd hat nicht mit der Solidarität der Bevölkerung und anderer Satiriker wie Jan B. gerechnet.

Nach Informationen des *Rotkielchens* soll es am Rande der Serie auch ein Gewinnspiel geben, bei dem es neben High-End-Multimediaprodukten zur Revolutionierung des Wahlkampfes auch jährliche Geburtstagskarten mit übergroßem Konterfei des Hauptdarstellers zu gewinnen gibt.

Rotkielchen meint: Sehenswert. Was wird Bernd wohl im Verlauf der zweiten Staffel noch aushecken?